

Beschluss des Landrats vom 03.12.2020

Nr. 660

2. Zur Traktandenliste 2020

2019/801; Protokoll: md, bw

Landratspräsident **Heinz Lurf** (FDP) erklärt, Traktandum 9 müsse abgesetzt werden. Der Kommissionsbericht liegt noch nicht vor, weil die vorberatende Kommission das Geschäft entgegen der ursprünglichen Planung noch in einer weiteren Sitzung behandelt hat.

://: Die Traktandenliste wird nach Absetzung von Traktandum 9 beschlossen.

Des Weiteren orientiert Landratspräsident **Heinz Lurf** (FDP) darüber, dass die Geschäftsleitung eine direkte Beratung vorgeschlagen für Traktandum 16, die Sammelvorlage zur gesamthaften Erledigung von beantworteten Interpellationen, und für die beiden Traktanden 26–28 und 52/53 eine verbundene Beratung vorschläge.

://: Der Direktberatung von Traktandum 16 sowie der verbundenen Beratung von Traktanden 26–28 und 52/53 wird stillschweigend zugestimmt.

– *Zur Frage der Dringlichkeit: Motion 2020/649 von Laura Grazioli «Psychische Gesundheit während Corona»*

Landratspräsident **Heinz Lurf** (FDP) informiert, der Regierungsrat lehne Dringlichkeit ab.

Laura Grazioli (Grüne) ist nicht glücklich darüber, das Instrument des dringlichen Vorstosses verwenden zu müssen. Dies wurde in den vergangenen Monaten überstrapaziert. Sie hätte niemals dazu gegriffen, wenn nicht diverse Gespräche mit Psychologinnen und Psychiatern sie davon überzeugt hätten, dass die Situation wirklich ernst ist. In Anbetracht dieser Situation und angesichts des Geschäftsstaus des Landrats gibt es keine andere Möglichkeit. Umso betroffener macht es die Rednerin, dass der Regierungsrat nicht bereit ist, der Dringlichkeit stattzugeben. Vorliegend wird auf eine grosse und akute Problematik aufmerksam gemacht, die bislang viel zu wenig Aufmerksamkeit – vor allem politische – erhielt.

Immer mehr Menschen – quer durch alle Gesellschaftsschichten – haben aufgrund der aktuellen Coronasituation mit ernsthaften psychischen Beschwerden zu kämpfen und erhalten keine oder nicht ausreichende Hilfe. Besonders betroffen sind sozial isolierte Menschen, vor allem auch Kinder und Jugendliche. Gerade in der bereits in normalen Jahren schwierigen Adventszeit hat sich diese Situation noch einmal zugespitzt. Deshalb ist unmittelbarer Handlungsbedarf gegeben. Für alle, die an der Dringlichkeit zweifeln: Kinder- und Jugendpsychiater und –psychotherapeuten sagen ganz klar, dass momentan eine noch nie dagewesene Abklärungswelle vorhanden ist, die sich mit den bestehenden Ressourcen nicht bewältigen lässt. Sämtliche Beratungs- und Therapieangebote sind überlastet. Es gibt Wartefristen von rund vier Monaten. Wenn jemand akut suizidgefährdet ist und dies auch erkannt wird, stehen die Chancen gut, dass es noch irgendwo eine Unterbringungsmöglichkeit gibt. Alles, was weniger akut dramatisch ist, also als dass sich ein Kind oder ein Jugendlicher das Leben zu nehmen versuchte oder Anzeichen einer Suizidgefährdung bestehen, wird nach hinten geschoben. Psychische Krankheiten werden in der Tendenz stärker und schwerer behandelbar und damit auch teurer, je länger mit der Behandlung zugewartet wird. Die daraus resultierenden Folgekosten für die Gesellschaft und die Wirtschaft können nicht einfach so hingenommen werden.

In den letzten Tagen wurde Laura Grazioli mit mehreren Argumenten konfrontiert, weshalb Dring-

lichkeit nicht gegeben sein sollte. Ein Argument ist, dass die Lage in der Psychiatrie nicht so dramatisch sei, wie sie dargestellt werde. Das trifft – zumindest teilweise – für die Erwachsenenpsychiatrie zu. Erstens wird in diesem Bereich aber von der sogenannten Ruhe vor dem Sturm gesprochen und zweitens befindet sich die Psychiatrie an der Spitze der psychologisch-psychotherapeutischen Versorgungskette und erhält meist als letzte Station die schwierigen Fälle mit komplexem Verlauf. Alle niederschweligen Angebote wie die der Familien-, Paar- und Erziehungsberatung (fabe), Pro Juventute, Dargebotene Hand, etc. befinden sich hingegen an der Basis, also am Anfang der erwähnten Kette und sind darauf angewiesen, ihre Klienten zeitnah an niedergelassenen Psychiaterinnen oder delegiert arbeitende Psychotherapeuten weitervermitteln zu können. Hier gibt es aktuell riesige Schwierigkeiten, worauf bereits verschiedene Organisationen und Verbände hingewiesen haben.

Ein weiteres Argument besagt, dass es noch wenig gesicherte Fakten zu den Langzeitfolgen gebe. Auch dies stimmt teilweise. Es gibt aber auch Studien aus den USA, die klar sagen, dass Suizide – auch von Kindern und Jugendlichen – seit Beginn der Pandemie stark zugenommen haben. Regionale Psychiaterinnen und Psychiater bestätigen, dass sie dasselbe auch hier beobachten. Ausserdem geht es mit dieser Motion nicht nur darum, Langzeitschäden zu verhindern, sondern dass aktuell unzählige Betroffene und vor allem auch Kinder und Jugendliche nicht die Unterstützung erhalten, die sie dringend nötig hätten. Das – und dies ist zu betonen – ist der Hauptgrund, weshalb der Vorstoss dringlich eingereicht wurde. Für Menschen mit akuten Angststörungen oder Suizidgedanken sind mehrere Monate Wartezeit für eine potentielle Behandlung eine untragbare Ewigkeit. Mit einem nicht dringlich eingereichten Vorstoss würde der Landrat bestenfalls irgendwann im Frühling über eine Überweisung debattieren – das ist zu spät.

Noch einmal: Angesichts der aktuellen Situation und des Geschäftsstaus im Landrat ist die Dringlichkeit notwendig. Alles andere ist grob fahrlässig. Der Landrat ist eindringlich und im Namen aller betroffenen Menschen gebeten, der Dringlichkeit stattzugeben.

Patricia Bräutigam (CVP) sagt, aus den Medien und aus Gesprächen mit Fachpersonen lasse sich entnehmen, dass die Situation der psychiatrischen Versorgung in der Region prekär sei. Vor allem Kinder und Jugendliche leiden besonders stark unter der Krise. Entsprechend sind die Kliniken sehr stark ausgelastet, es gibt deutlich mehr stationäre Einweisungen und auch die niedergelassenen Psychologen und Psychiater sowie die ambulanten Angebote werden überrannt. Dies nicht nur mitten in der zweiten Welle, sondern auch erst zu Beginn der Wintermonate, in denen psychische Probleme auch ohne Pandemie zunehmen. Reagiert man jetzt nicht, wird man die negativen Folgen der Krise auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung sehr lange spüren. Deshalb unterstützt eine grosse Mehrheit der CVP/glp-Fraktion die Dringlichkeit.

Balz Stückelberger (FDP) betont, dass die FDP-Fraktion das Probleme sehe, das Anliegen verstehe und Handlungsbedarf erkenne, aber dennoch Dringlichkeit ablehne. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass es dringliche Massnahmen braucht. Es gibt aber viele Institutionen, die sich engagieren und dringliche Massnahmen auf operativer Ebene ergreifen können. Es ist nicht am Landrat, einen dringlichen Vorstoss nachzureichen. Ein Verweis auf ein bereits bestehendes Engagement im Sensibilisierungsbereich: Dureschnufe.ch ist eine Aktion des Bundes, der Kantone, der Wissenschaft, etc. Hier geht es um psychische Probleme während der Covid-Phase. Die Webseite enthält tausend Tipps. Der Kanton könnte diese Kampagne allenfalls noch besser bekannt machen. Dort wurde bereits sehr viel geleistet.

Roman Brunner (SP) erklärt, die SP-Fraktion unterstütze Dringlichkeit. Laura Grazioli hat sehr gut ausgeführt, wieso diese gegeben ist. Jedes Menschenleben, das aufgrund einer Diskussion oder dieses Vorstosses gerettet werden kann, ist es wert, dass heute Nachmittag zumindest über den Vorstoss diskutiert wird. Berücksichtigt man den Vorstossstau, dann ist eine nicht dringliche Be-

handlung nicht sinnvoll. Welche Massnahmen daraus entstehen, wird sich in der Diskussion zeigen. Dass darüber gesprochen wird, ist der Landrat den Menschen schuldig, die sich in einer prekären Situation befinden.

Caroline Mall (SVP) führt aus, auch ein Teil der SVP-Fraktion empfinde Dringlichkeit als gegeben. Vor allem der erste Punkt «Ad-hoc zusätzliche niederschwellige Angebote zur psychologischen und psychotherapeutischen Betreuung schaffen [...]» ist dringend. Es ist wohl allen Anwesenden bekannt, wie viele Menschen über alle Altersgruppen hinweg in der Weihnachtszeit und während der Wintermonate Mühe haben. Die Coronakrise wirkt diesbezüglich nicht verbessernd. Ein niederschwelliges Angebot an bestehende Angebote anzuknüpfen, könnte dazu führen, dass viele Menschen abgeholt werden können. Manchmal braucht es nicht viel, um einen Menschen, der sich in einer aussichtslosen Situation befindet, aufzuheitern. Caroline Mall hofft, dass ihre Fraktion der Dringlichkeit grossmehrheitlich zustimmt. Laura Grazioli soll sich aber keine Sorgen machen: Über alle Fraktionen hinweg sollte es reichen.

Landratspräsident **Heinz Lurf** (FDP) informiert über eine neue Rückmeldung seitens Regierungsrat. Die Dringlichkeit wird unterstützt und er sei bereit, das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen.

://: Der Landrat erklärt die Motion mit 71:11 Stimmen bei 1 Enthaltung für dringlich.

– *Zur Frage der Dringlichkeit: Interpellation 2020/651 der SVP-Fraktion: «Erreichen wir die Migranten in der Corona-Krise?»*

Landratspräsident **Heinz Lurf** (FDP) informiert, der Regierungsrat sei mit einer dringlichen Behandlung einverstanden.

Roman Brunner (SP) erklärt, die SP-Fraktion lehne Dringlichkeit entschieden ab. Weder läuft eine Frist ab, noch kann mir der Beratung der Interpellation am heutigen Nachmittag ein irgendwie wirksamer Beitrag zur Pandemiebekämpfung geleistet werden. Eine Diskussion über die Interpellation hilft niemandem und auch nicht bei einer solidarischen Bekämpfung der Pandemie.

Peter Riebli (SVP) ist leicht verwundert. Zuvor sagte Roman Brunner, es gehe darum, Menschenleben zu retten. Nur weil der vorliegende Vorstoss von der SVP kommt, ist man nun aber anscheinend dagegen. Es geht nicht um eine Rassismuskonversation. Es geht schlichtweg darum, dass die Behörden selbst sagen, dass die Ansteckungsorte und Ansteckungswege von Corona nicht bekannt seien. Alle ergriffenen Massnahmen beruhen auf Mutmassungen. Man weiss, hört und liest aber, dass bei den Infektionsraten Migranten überproportional vertreten sind und Migranten auch überproportional in den Spitälern wegen Corona behandelt werden. Die SVP will, dass das Datenmaterial analysiert und anhand der Erkenntnisse situationsbezogene Massnahmen ergriffen werden. Allenfalls muss man feststellen, dass die relativ einfachen Informationen wie Abstand halten, Hände waschen, etc. in gewissen Migrantenkreisen gar nicht ankommen, da sie einerseits unserer Sprache nicht mächtig sind oder andererseits in einem anderen Kulturkreis verkehren. Wer meint, dies sei nicht so wichtig, nimmt ganz konkret in Kauf, dass sich Migranten weiterhin überproportional anstecken, in Spitälern behandelt werden müssen und sterben. Es kann doch nicht sein, dass diese Interpellation nicht dringlich ist. Dass Dringlichkeit gegeben ist, konnte auch diese Woche in der Zeitung gelesen werden, nachdem auch der Regierungsrat bekanntgab, dass die Informationen in 14 Sprachen kommuniziert werden.

Die SVP möchte nichts anderes, als die Kreise, wo ein überproportionales Infektionsrisiko besteht, gezielt zu informieren. Was soll daran falsch sein? Wieso soll die Interpellation nicht dringlich sein, wenn es darum geht, Menschenleben zu retten?

Marc Schinzel (FDP) meint, mittlerweile sollten alle erkannt haben, dass Corona keine politischen Grenzen kenne und sich nicht nach politischen Vorstellungen, Ideen oder gar Ideologien richte. Bei Corona geht es darum, dass die Massnahmen ergriffen werden, die wirksam und effektiv sind, um möglichst viele Menschen schützen zu können. Dort wo Probleme bestehen, soll hingeschaut werden. Scheuklappen, nur weil der Vorstoss von der SVP kommt und weil dieser Migranten zum Thema hat, sind nicht angebracht. Dringlichkeit stellt die Frage nach dem Handlungsbedarf. Es ist wichtig, dass die Personen, welche unsere Sprache nicht verstehen, informiert sind. Auch Marc Schinzel erhält Rückmeldungen von Personen, die nicht wissen, was gilt und wie sie sich schützen können. Es ist die Pflicht des Landrats, dort hin zu schauen.

Stephan Ackermann (Grüne) findet, Peter Riebli habe richtigerweise gesagt, es gehe um den Schutz aller Menschen. Alle müssen erreicht werden und müssen wissen, wie man sich zu verhalten hat. Das ist dringend nötig.

Die Frage ist nun aber, ob eine Interpellation das richtige Mittel hierzu ist. Prüfungen und entsprechende Massnahmen lassen sich nicht mit einer Interpellation verlangen. Mit einer Interpellation wird lediglich über ein Thema gesprochen und informiert. Wenn das Thema so dringend ist, kann beispielsweise eine Frage in der Fragestunde gestellt werden. Für die heutige Fragestunde wurde eine Frage – zufälligerweise von Stephan Ackermann – gestellt, mit welcher der Regierungsrat genau die Dinge aufnimmt, die auch Peter Riebli betont hat: Es geht um die Menschen, und ob diese erreicht werden.

Der Regierungsrat antwortet, dass eine Korrelation mit dem Ausländeranteil statistisch nicht zu belegen sei. Auf die zweite Frage antwortet er, dass nun vermehrt in den entsprechenden Landessprachen informiert werde. Weiter hat der Regierungsrat veranlasst – und dies konnte auch den Medien entnommen werden – dass die Informationen prominenter aufgeschaltet und aktiver verbreitet werden sollen. Wenn das Thema bislang also nicht beim Regierungsrat angekommen wäre, dann ist das spätestens jetzt der Fall und er handelt auch entsprechend. Aus diesen Gründen ist bei dieser Interpellation Dringlichkeit nicht gegeben.

Landratspräsident **Heinz Lurf** (FDP) bittet um kurze Voten zur Dringlichkeit.

Roman Brunner (SP) dankt Stephan Ackermann für dessen Ausführungen und die Erinnerung des Landratspräsidenten, dass es um Dringlichkeit gehe und nicht um den Inhalt. Eine Interpellation verlangt eine fundierte Prüfung irgendwelcher Fragen. Im Rahmen der Mittagspause können die Antworten nicht seriös vorbereitet werden. Wenn am Nachmittag lediglich darüber diskutiert werden sollte, ohne dass daraus Konsequenzen abgeleitet werden, dann ist diese Diskussion nicht dringend; auch vor dem Hintergrund, dass das Thema in der Fragestunde bereits enthalten ist. Die SP-Fraktion lehnt Dringlichkeit weiterhin ab.

Marco Agostini (Grüne) glaubt, der Inhalt der Interpellation sei der Grund dafür, weshalb er seit 1,5 Stunden Bauchschmerzen habe. Einige Sätze im Vorstoss sind nicht lustig. Nichtsdestotrotz wird er Dringlichkeit unterstützen. Noch schöner wäre es, wenn man sich die Frage stellen würde, weshalb mehr Ausländerinnen und Ausländer im Spital landen. Allenfalls ist dies auf Arbeits-, Wohn- und Ernährungsbedingungen zurückzuführen. Hier könnte man auch ansetzen.

Peter Riebli (SVP) wundert sich weiterhin. Der Regierungsrat sei bereit, die Interpellation als dringlich entgegenzunehmen. Es ist also davon auszugehen, dass er in der Lage ist, eine seriöse Beantwortung auf die Nachmittagssitzung hin vorzunehmen.

Die Interpellation beinhaltet nicht nur eine Fragestellung. Unter Frage 2 ist beispielsweise zu lesen: «[...] regelmässig entsprechende Auswertungen vorzunehmen, um weitere Massnahmen gezielter treffen zu können.» Dem Regierungsrat wird der Auftrag erteilt, zu prüfen, und sollte es sich be-

wahrheiten, dass Migranten übermässig betroffen sind, gezielte Massnahmen zu ergreifen. Es geht darum, Menschenleben zu retten!

://: Der Landrat stimmt der Dringlichkeit mit 46:32 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu, allerdings wird das notwendige 2/3-Mehr verfehlt.

– *Zur Frage der Dringlichkeit: Postulat 2020/653 von Miriam Locher: «Kurzarbeitsentschädigungen für kleine Einkommen erhöhen»*

Landratspräsident **Heinz Lurf** (FDP) informiert, der Regierungsrat sei mit einer dringlichen Behandlung einverstanden.

Hanspeter Weibel (SVP) hält den Vorstoss nicht für dringlich. Letztendlich geht es um Kurzarbeitsentschädigung, also ein Thema, das auf Bundesebene geregelt ist. Weiter wird von Arbeitnehmern gesprochen. Es handelt sich also auch um Personen, die ausserhalb des Kantons wohnen. Das bedeutet, dass möglicherweise Steuergelder für Personen verwendet werden, die im Kanton Basel-Landschaft gar keine Steuern zahlen. Diese Frage kann nicht dringlich behandelt werden.

Miriam Locher (SP) äussert sich zur Frage, wieso der Vorstoss dringlich sei und wieso er erst jetzt eingereicht werde. Auf nationaler Ebene wurde ebenfalls ein entsprechender Vorstoss lanciert, dieser kam aber leider nicht durch. Aus diesem Grund ist Miriam Locher der festen Überzeugung, dass nun auf kantonaler Ebene eine Lösung gefunden werden muss. Der Kanton Basel-Landschaft hat schon einmal bewiesen, dass er als Pionierkanton vorangehen kann – dies wird auch an dieser Stelle gewünscht. Es geht um die Schwächsten der Schwachen – diejenigen mit Niedriglöhnen. Der Kanton Basel-Landschaft kann für diese Menschen eine Lösung finden. Mit CHF 3'300.– eine Familie zu ernähren, ist schlichtweg nicht möglich und es sollte im Interesse aller sein, dass diese Menschen eben nicht in die Sozialhilfe abrutschen. Aus diesem Grund hat die SP-Fraktion das Postulat eingereicht und möchte es dringlich diskutieren.

://: Der Landrat stimmt der Dringlichkeit mit 44:36 Stimmen zu, allerdings wird das notwendige 2/3-Mehr verfehlt.
